

# Merkblatt

## für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEN

### INHALT

- |  |  |
|--|--|
| 7. Änderung des Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetzes 2012, LGBl. Nr. 128/2018   | 10. Online-Wetterdaten zur Steuerung von Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung - Unterstützung durch Land Tirol                   |
| 8. Information zur Tiroler Waldordnung betreffend die Erhöhung der Umlagesätze in den Waldumlageverordnungen der Gemeinden | 11. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Februar 2019   |
| 9. Information zu einem allfälligen abkommenslosen Austritt (Hard Brexit) des Vereinigten Königreichs                      | 12. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Februar 2019<br><i>Verbraucherpreisindex für Dezember 2018 (vorläufiges Ergebnis)</i> |

## 7.

### Änderung des Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetzes 2012, LGBl. Nr. 128/2018 Überblick über die seit 1. Jänner 2019 in Geltung stehenden Neuerungen und Ausblick auf das mit 1. Jänner 2020 in Kraft tretende Entlohnungssystem neu

#### Zentrale Neuerungen seit 1. Jänner 2019

##### **Anpassung betreffend Anstellungserfordernisse/Verwendungsbeschränkung**

§ 15 Abs. 1 G-VBG 2012 sah in seiner bis 1. Jänner 2019 in Geltung stehenden Fassung vor, dass Verwendungen im Gemeindedienst, die ein Verhältnis besonderer Verbundenheit zur Republik Österreich voraussetzen, wie die **Besorgung hoheitlicher Aufgaben**, nur österreichischen Staatsbürgern zugewiesen werden dürfen. Da jüngst vor allem Gemeinden in der Grenzregion zu Deutschland Probleme hatten, insbesondere für die Position des Amtsleiters geeignete Bewerber bzw. Bedienstete zu finden, die auch das Erfordernis der **österreichischen Staatsbürgerschaft** aufweisen, war eine entsprechende Ausnahmebestimmung erforderlich.

Die Ausnahmebestimmung ermöglicht es, vom

Erfordernis der österreichischen Staatsbürgerschaft abzu-  
sehen, wenn für diese Verwendungen **geeignete Bewerber oder Bedienstete nicht zur Verfügung** stehen.

In diesem Zusammenhang musste auch eine Änderung des § 4 Abs. 4 G-VBG 2012 vorgenommen werden. Durch diese Änderung werden die Voraussetzungen für die Aufnahme solcher Bewerber geschaffen. Der Kreis jener Personen, die demnach für diese Verwendungen aufgenommen werden können, deckt sich mit jenem Personenkreis, der für sonstige Verwendungen aufgenommen werden kann. Die bisher bestehende Sonderregelung für sonstige Verwendungen ist im Hinblick auf die Formulierung des § 4 Abs. 1 lit. a zweiter Fall, der eine solche Ausnahme bereits vorsieht, nicht mehr erforderlich.

### Betriebsübergangsrichtlinie

Bei der Übernahme eines Sozialsprengels, eines privaten Kindergartens oder eines Altenwohn- und Pflegeheimes durch eine Gemeinde kann es zu einem Betriebsübergang im Sinn der Richtlinie 2001/23/EG des Rates zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Wahrung von Ansprüchen der Arbeitnehmer beim Übergang von Unternehmen, Betrieben oder Unternehmens- oder Betriebsteilen kommen. § 5a regelt daher, wie mit den **Bediensteten, die von einem anderen Rechtsträger übernommen** werden, umzugehen ist:

Zur Klärung der Frage, wann ein Betriebsübergang vorliegt, wird auf die Richtlinien-Definition verwiesen, die den Übergang von Unternehmen, Betrieben oder Unternehmens- bzw. Betriebsteilen auf einen anderen Inhaber durch vertragliche Übertragung oder Verschmelzung als Betriebsübergang qualifiziert.

Darüber hinaus wird klargestellt, dass die vom Betriebsübergang betroffenen Arbeit- oder Dienstnehmer von der Gemeinde bzw. dem Gemeindeverband zu **übernehmen** und rechtzeitig über den beabsichtigten Betriebsübergang sowie dessen Zeitpunkt, Grund und Folgen zu **informieren** sind. Die Bediensteten werden mit dem Zeitpunkt des Überganges zu Vertragsbediensteten der Gemeinde und **unterliegen den Bestimmungen des G-VBG 2012**. Besonderheiten können sich aus dem Einzelarbeits- bzw. Dienstvertrag ergeben, in den die Gemeinde eintritt. Im Fall von Abweichungen gelten diese Vereinbarungen als **Sondervertragsrecht** weiter.

Ausnahmen gelten im Einklang mit der Richtlinie nur im Hinblick auf die Übernahme Verpflichtungen des Veräußerers, wie etwa einer Betriebspension, oder bei dessen Konkurs.

### Dienstverhinderung - Abstellen auf ärztliche Untersuchung

Nach § 20 Abs. 2 konnte der Dienstgeber bisher anordnen, dass sich ein Vertragsbediensteter, der wegen Krankheit vom Dienst abwesend ist, einer amts- oder betriebsärztlichen Untersuchung unterzieht. Da die Beschränkung auf Untersuchungen durch Amts- oder Betriebsärzte auf Gemeindeebene immer wieder Probleme aufgeworfen hat, wurde die Bestimmung insofern weiter gefasst, als die Untersuchung durch einen Arzt nunmehr ausreicht.

### Altersteilzeit

Mit der zitierten Novelle haben Bestimmungen über die Möglichkeit der **Herabsetzung der regelmäßigen Wochendienstzeit aufgrund des Alters (Altersteilzeit)** Eingang in das G-VBG 2012 gefunden. Damit wurde dem Umstand Rechnung getragen, dass derartige Vereinbarungen auf Gemeindeebene bereits in Form von sondervertraglichen Vereinbarungen existieren. Strittig war bisher, ob § 101 G-VBG 2012 eine belastbare Grundlage für ein derart weites Abweichen von den grundsätzlich zwingenden Bestimmungen des G-VBG 2012 darstellt.

Durch Aufnahme des Rechtsinstituts in das Gesetz soll Rechtssicherheit geschaffen werden, da durch verschiedene Entscheidungen des OGH bereits klargestellt wurde, dass das **Arbeitslosenversicherungsgesetz (ALVG)** nur die **Beziehung des Dienstgeber mit dem AMS** regelt und daher keine taugliche Grundlage für die erforderliche Altersteilzeitvereinbarung zwischen Dienstnehmer und Dienstgeber darstellt. Die Ausgestaltung dieser Bestimmungen orientiert sich an § 27 ALVG, der die Voraussetzungen für die Gewährung von Altersteilzeitgeld an den Dienstgeber regelt. Auf Grundlage der Bestimmungen im G-VBG 2012 erhält der Dienstnehmer vom Dienstgeber einen Entgeltausgleich, den der Dienstgeber vom AMS als Altersteilzeitgeld in Höhe von derzeit 90 v.H. des Entgeltausgleichs erstattet bekommt.

§ 32a G-VBG 2012 regelt die **Voraussetzungen**, die vorliegen müssen, um eine Altersteilzeit in Anspruch nehmen zu können sowie deren Dauer und Ausmaß. Der Abschluss einer Vereinbarung über die Altersteilzeit ist nur möglich, wenn die regelmäßige Wochendienstzeit des Bediensteten nicht weiter als bis auf **60 %** herabgesetzt war. Die Altersteilzeit kann frühestens **fünf Jahre vor Vollendung des Regelpensionsalters** durch den Vertragsbediensteten angetreten werden und er muss in den letzten 25 Jahren vor Antritt der Altersteilzeit **780 Wochen arbeitslosenversicherungspflichtig** beschäftigt gewesen sein. Darüber hinaus muss die Gemeinde als Dienstgeber im Zeitpunkt des Abschlusses der Vereinbarung **Anspruch auf Altersteilzeitgeld** nach den Bestimmungen des ALVG haben und es dürfen dem Abschluss der Vereinbarung **keine wichtigen dienstlichen Interessen entgegenstehen**. Der Vertragsbedienstete hat **keinen Anspruch** auf Vereinbarung einer Altersteilzeit.

Der Abschluss einer **Blockzeitvereinbarung** ist **nicht zulässig**, wobei diese Regelung keine Auswirkung auf Vereinbarungen hat, die vor Inkrafttreten des Gesetzes auf sondervertraglicher Basis getroffen wurden. Somit kommt es zu keinen ausgiebigen Freizeitphasen, wodurch ein geordneter Dienstbetrieb erhalten und auch eine Übergabe mit einem etwaigen Nachfolger sichergestellt werden soll. Weiters muss beim kontinuierlichen Modell keine zuvor arbeitslose Ersatzarbeitskraft beschäftigt werden.

Durch die Gleichstellung der Herabsetzung der regelmäßigen Wochendienstzeit aufgrund des Alters hinsichtlich der Dienstleistung während der Herabsetzung sowie der Änderung und vorzeitigen Beendigung der Herabsetzung mit den Herabsetzungen aus beliebigem Anlass bzw. zur Betreuung eines Kindes war die Aufnahme der Verweisung auf § 32a in den entsprechenden Bestimmungen erforderlich.

Begleitend wurde in der Übergangsbestimmung zur Abfertigung **klargestellt**, dass sich die Vereinbarung einer Altersteilzeit **nicht mindernd** auf den Abfertigungsanspruch auswirkt.

### **Schulassistenten und Freizeitpädagogen - Berücksichtigung der Vertragsbediensteten der Gemeinde an Schulen**

Da **Schulassistentenkräfte** nicht unter die Begriffsdefinition der Assistenzkräfte in Kinderbetreuungseinrichtungen fallen, wurden diese bislang ins Entlohnungsschema I (d oder e) eingereiht, und im Hinblick auf den Umstand, dass ihre Dienstleistung während der Ferienzeiten, insbesondere während der Hauptferien, nicht benötigt wurde, oftmals befristet auf die Dauer des Unterrichtsjahres beschäftigt. Um den Schulassistentenkräften eine - zumindest für den Zeitraum der Gewährung von Zuschüssen zu deren Lohnkosten nach dem Tiroler Teilhabegesetz - dauerhafte Beschäftigung anbieten zu können, sollen die Schulassistentenkräfte hinsichtlich des Urlaubes, der Heranziehung zur Dienstleistung, der Pflegefreistellung und des Monatsentgeltes den Assistenzkräften mit Ferien in Kinderbetreuungseinrichtungen gleichgestellt werden.

**Freizeitpädagogen** sind Personen, die als Erzieher für die Freizeit an **ganztägigen Schulformen** (Schulen mit Tagesbetreuung) von den Gemeinden beschäftigt werden.

Diese wurden vor Inkrafttreten der Novelle in das Entlohnungsschema I (c) eingereiht. Da sich in der Vergangenheit ähnliche Probleme wie bei Schulassistentenkräften ergeben haben, wurde für Freizeitpädagogen ein eigenes Entlohnungsschema geschaffen werden, das die Beurlaubung während der Ferienzeiten entsprechend berücksichtigt. Auch sie werden hinsichtlich Urlaub, Heranziehung zur Dienstleistung und Pflegefreistellung den Assistenzkräften mit Ferien gleichgestellt.

### **Neuerungen ab 1. Jänner 2020 - Ausblick auf das Entlohnungssystem neu**

Mit der Novelle LGBL. Nr. 128/2018 wird ab 1. Jänner 2020 ein 8. Abschnitt in das G-VBG 2012 eingefügt, der Bestimmungen über die Einführung eines neuen Entlohnungssystems für Vertragsbedienstete, die als **Angehörige eines Gesundheits- oder Sozialbetriebsberufes an Krankenanstalten** sowie in **Altenwohn- und Pflegeheimen** verwendet werden, enthält. In systematischer Hinsicht enthält der 8. Abschnitt Abweichungen von den sonstigen Bestimmungen des G-VBG 2012 (vgl. § 115 - Anwendungsbereich). Die Unterteilung in die 4 Unterabschnitte „Allgemeine Bestimmungen“, „Pflichten des Vertragsbediensteten“, „Entlohnung“ und „Urlaub, Dienstfreistellung“ folgt der Systematik des G-VBG 2012. In inhaltlicher Hinsicht enthält der 8. Abschnitt die Einführung des neuen Entlohnungssystems, sonstige dienstrechtliche Begleitregelungen sowie Sonderbestimmungen für Ärzte, die an Krankenanstalten verwendet werden, wie sie auch im Landesbedienstetengesetz bestehen. Das neue Entlohnungssystem findet sich im 3. Unterabschnitt, wobei zur Klarstellung im § 121 G-VBG 2012 jene Bestimmungen des „alten“ Entlohnungssystems aufgelistet werden, die im neuen Entlohnungssystem nicht zur Anwendung kommen.

Neben den Bestimmungen im G-VBG 2012 sind die **Modellstellen-Verordnung Gesundheit und Sozialbetreuung**, LGBL. Nr. 138/2018, und die **Einreihungsplan-Verordnung Gesundheit und Sozialbetreuung** LGBL. Nr. 139/2018, Grundlage für die Einführung des Entlohnungssystems neu. Sämtliche Gesundheits- und Sozialbetriebsberufe wurden als Modellstellen definiert

und in Modellfunktionen und Modellfunktionsgruppen zusammengefasst.

Modellstellen sind abstrakte Funktionen, die, losgelöst von den Aufgaben, Verantwortlichkeiten und Zielsetzungen konkreter Stellen, auf die wesentlichen Grundanforderungen von Stellen reduziert und bewertet werden. Die verschiedenen **Anforderungen**, die mit der jeweiligen Tätigkeit verbunden sind, wurden von einem **externen Experten gewichtet** und so ergibt sich für jede Modellstelle ein bestimmter Stellenwert, der für die Einordnung der Stelle im Einreihungsplan sowie für die Zuordnung im Entlohnungsschema Gesundheit und Sozialbetreuung maßgeblich ist.

#### **Für wen ist das Entlohnungssystem neu anwendbar?**

Der achte Abschnitt ist nur auf Bedienstete anwendbar, die einen **Gesundheits- oder Sozialbetriebsberuf** ausüben und an einer **Krankenanstalt** oder in einem **Altenwohn- und Pflegeheim** verwendet werden und deren Dienstverhältnis nach dem 31. Dezember 2019 begründet wurde. Auf Vertragsbedienstete der allgemeinen Verwaltung ist das Entlohnungssystem neu nicht anwendbar, auch, wenn sie an Krankenanstalten oder in Altenwohnheimen beschäftigt werden. Denjenigen Bediensteten, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens bereits ein aufrechtes Dienstverhältnis zu einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband haben, wurde ein Optionsrecht eingeräumt. Hierbei ist im Wesentlichen zwischen zwei Gruppen zu unterscheiden:

Alle in Frage kommenden Bediensteten, deren Dienstverhältnis **vor 1. Jänner 2019** begründet wurde, haben die Möglichkeit, bis 31. Dezember 2019 eine Optionserklärung abzugeben, um so ab 1. Jänner 2020 in das Entlohnungssystem neu zu wechseln. Diese Optionserklärung ist unwiderruflich und auch die Beifügung einer Bedingung ist unzulässig. Somit ist nach Abgabe einer Optionserklärung die Rückkehr in das Entlohnungssystem alt nicht mehr möglich.

Die Vertragsbediensteten, deren Dienstverhältnis im Zeitraum **von 1. Jänner 2019 bis 31. Dezember 2019** begründet wurde, haben für die Abgabe der Optionserklärung bis zum Ablauf eines Jahres ab dem Dienstantritt Zeit.

Die Entscheidung, ob von der Möglichkeit einer Option Gebrauch gemacht wird, ist vom Bediensteten selbst zu treffen. Es kann das Modell gewählt werden, das für den

jeweiligen Vertragsbediensteten günstiger ist, da es insbesondere von der Beschäftigungsdauer und der Art der Vordienstzeiten abhängt, in welche Entlohnungsstufe der Bedienstete einzuordnen ist. Damit die Optionsentscheidungen auf einer fundierten Grundlage erfolgen können, werden im **Frühjahr 2019 Optionsberatungen** durch die ARGE Tiroler Altenheime bzw. durch die betroffenen Bezirkskrankenhäuser selbst angeboten. Bei den Optionsberatungen sollen beide Entlohnungssysteme gegenüber gestellt werden, damit sich der Bedienstete für das ihm passendere entscheiden kann.

#### **Wesen und Inhalte des Entlohnungssystems neu**

Das neue System schafft in Verwirklichung des **Grundsatzes „gleiches Geld für gleiche Arbeit“** bei gleicher Tätigkeit, Leistung und Erfahrung ein einheitliches Entlohnungssystem für alle Bediensteten des Landes und der Gemeinden, die in Gesundheits- und Sozialbetriebsberufen an Krankenanstalten sowie in Altenwohn- und Pflegeheimen verwendet werden. So soll verhindert werden, dass die Krankenanstalten untereinander bzw. die Krankenanstalten mit den Altenwohn- bzw. Pflegeheimen konkurrieren, beispielsweise, weil unterschiedliche Sonderentgeltbestandteile gewährt werden.

Durch die Einführung des Entlohnungssystems neu kommt es zu einer **Einkommensverlagerung** innerhalb des Aktiv-Lebenseinkommens: Die derzeitigen Entlohnungsschemata mit den alle zwei Jahre vorgesehenen Vorrückungen (Biennien) sind stark senioritätsbezogen. Das neue Entlohnungssystem dimensioniert hingegen den dienstaltersbezogenen Entgeltanteil in einem geringeren Ausmaß. Im Interesse einer konsequenten Funktionsorientierung der Entlohnung soll damit eine deutliche **Umverteilung der Lebensverdienstsumme** zugunsten der früheren Dienstjahre erfolgen. Dadurch steigt auch die Attraktivität für junge und qualifizierte Mitarbeiter.

Weiters soll durch mehr **Transparenz** die Zufriedenheit der Beschäftigten erhöht werden:

Mit dem Entlohnungssystem neu sollen transparente Entlohnungsstrukturen mit möglichst wenig Sonderentgeltbestandteilen geschaffen werden. Besondere

Anforderungen an den Stelleninhaber, die bisher durch Zulagen und bestimmte Nebengebühren abgegolten wurden, werden künftig bereits durch das Funktionsentgelt abgedeckt sein, indem diese Aspekte in die Stellenbewertung mit einfließen und dadurch direkt entgeltwirksam werden.

Einzige Ausnahme vom „**All-inclusive-Gehalt**“ ist hier die **Schmutz-, Erschwernis- und Gefahrenzulage (SEG-Zulage)**, deren steuerliche Begünstigung nur in der Form einer ausdrücklich gesetzlich ausgewiesenen Nebengebühr aufrechterhalten werden kann. Als Bezugsgröße für diese Nebengebühr wird die Entlohnungsklasse 12, Entlohnungsstufe 9 festgelegt. Hiervon gebühren monatlich 9,84 %, dies zwölfmalig.

Grundlage für eine funktionsbezogene Entlohnung ist, wie bereits im Zusammenhang mit den Rechtsgrundlagen erwähnt wurde, die Bewertung aller Stellen. Der Stellenbewertung werden allerdings nicht konkrete, real existierende Stellen zugrunde gelegt, sondern **Modellstellen**. Die Mitarbeiter werden den Modellstellen zugeordnet, indem das Anforderungsprofil der konkreten Stelle mit jenem der in Frage kommenden Modellstellen verglichen und der Modellstelle mit der besten Übereinstimmung zugeordnet wird. Über den Stellenwert in der Modellstelle erfolgt die Zuordnung zur Entlohnungsklasse im Entlohnungsschema Gesundheit und Sozialbetreuung.

Mit der Einführung des Entlohnungssystems neu ist auch ein **Abgehen vom Vorbildungsprinzip** verbunden. Künftig wird daher bei der Einstufung des Bediensteten Berufserfahrung berücksichtigt, die für die vorgesehene Verwendung **zweckdienlich und bedeutsam** ist, auch wenn dieser Beschäftigung kein Dienstverhältnis zu einer inländischen Gebietskörperschaft oder einem inländischen Gemeindeverband zugrunde lag. Es ist daher unerheblich, ob die Berufserfahrung bei einem **öffentlichen oder privaten Dienstgeber** erworben wurde, solange sie als Zeiten eines Erfahrungsgewinns für die vorgesehene Verwendung anzusehen sind. Daneben werden **sonstige Zeiten** immer berücksichtigt, wie etwa die Zeit der Leistung des Präsenzdienstes, die Zeit der Tätigkeit als Fachkraft der Entwicklungshilfe oder die Zeit, in der der Vertragsbedienstete ein Kind innerhalb seiner ersten beiden Lebensjahre tatsächlich erzogen hat.

Das neue **Entlohnungsschema** umfasst insgesamt 19 Entlohnungsklassen. Dabei leitet sich das „Grundentgelt“ aus dem Funktionsentgelt und dem Erfahrungsanteil ab. Hinzu soll als variabler Entgeltbestandteil eine jährliche Leistungsbelohnung kommen.

#### **Funktionsentgelt:**

Das konkrete Funktionsentgelt eines Vertragsbediensteten bestimmt sich danach, welcher Modellstelle und damit auch gleichzeitig welcher **Entlohnungsklasse** er aufgrund seiner konkreten Verwendung zugeordnet ist. Im Funktionsentgelt sind, ausgehend von der Bewertung der jeweiligen Modellstelle, spezifische Anforderungen an den Stelleninhaber, wie etwa seine besondere Verantwortung, besondere Erschwernisse und Belastungen, bereits mitberücksichtigt. Diesbezügliche Zulagen sind daher zukünftig verzichtbar.

#### **Erfahrungsanteil:**

Der im neuen System vorgesehene Erfahrungsanteil honoriert in den ersten Jahren zunächst die durch zunehmende Berufserfahrung bedingte höhere Arbeitsproduktivität und bessere Einsetzbarkeit des Vertragsbediensteten.

Von der Dienstzeit abhängige **Vorrückungen** sind über einen Zeitraum von insgesamt 35 Jahren möglich, jedoch sind diese nur in den ersten 14 Jahren als Biennien ausgestaltet. In den folgenden zwölf Jahren soll die Vorrückung alle drei Jahre, dann nach weiteren vier Jahren und letztmals nach weiteren fünf Jahren erfolgen. Insgesamt sollen also höchstens 13 dienstaltersbedingte Vorrückungen möglich sein.

#### **Leistungsbelohnung:**

Um der Zielsetzung einer stärkeren Erfolgshonorierung der Entlohnung zu entsprechen, ist als variabler Entgeltbestandteil eine **leistungsabhängige Entgeltkomponente** in Form einer jährlichen Leistungsbelohnung vorgesehen.

Die Leistungsbelohnung kann, je nach Arbeitserfolg, zwischen 0,75 v.H. (geringste Belohnung der Kategorie I) und 6 v.H. (höchste Belohnung der Kategorie IV) des individuellen Jahresentgelts betragen. Grundlage für die Ausbezahlung der Leistungsbelohnung ist die Leistungsbeurteilung, die für jeden Bediensteten einmal jährlich durchzuführen ist.

Die Höhe der Leistungsbelohnung ist von der individuellen Leistungsbeurteilung abhängig. Im **Artikel III zur Novelle LGBL. Nr. 128/2018** ist vorgesehen, dass durch eine **Betriebsvereinbarung** bzw. durch eine **Vereinbarung zwischen den Organen des Dienstgebers und der Personalvertretung** festgelegt werden soll, in welchem Jahr erstmals eine vom Ergebnis der Leistungsbelohnung abhängige Leistungsbeurteilung ausbezahlt werden soll. Solange noch keine derartige Vereinbarung getroffen

wurde, gebührt als einstweilige Leistungsbelohnung ein Zuschlag in Höhe von 3 % des Monatsentgelts einschließlich der Sonderzahlungen.

Als **dienstrechtliche Begleitmaßnahme** war die Anpassung der Regelungen über Versetzungen, Dienstzuteilungen und Verwendungsänderungen aufgrund der im Entlohnungssystem neu konsequent vorgesehenen **Funktionsbezogenheit** erforderlich.

## 8.

### Information zur Tiroler Waldordnung betreffend die Erhöhung der Umlagesätze in den Waldumlageverordnungen der Gemeinden

An die Abteilung Gemeinden wurde in letzter Zeit öfter die Frage herangetragen, wie bei einer geplanten Änderung des Umlagesatzes vorgegangen werden soll. Zu klären war in diesem Zusammenhang die Frage, ob es möglich ist, den **Umlagesatz unterjährig zu erhöhen** oder ob die **Erhöhung nur zum 01.01. des Folgejahres vorgenommen werden darf**.

Aufgrund der Ermächtigung der Gemeinden zur Deckung des Personal- und Sachaufwandes für den Gemeindeforstwart einen Umlagesatz zu verordnen, der höchstens 100 % der von der Landesregierung festgelegten Hektarsätze betragen darf, kann bei Vorliegen einer entsprechenden Verordnung eine Waldumlage von den Waldbesitzern eingehoben werden. Nach § 10 Abs. 7 der Waldordnung entsteht der Abgabeananspruch jeweils mit Ablauf des Jahres, für das die Umlage erhoben wird. Bei Einführung des **Umlagesystems auf Basis Hektarsätze** wurde in der Übergangsbestimmung zur Novelle LGBL. Nr. 133/2017, die am 28. Dezember 2017 kundgemacht wurde und bereits am 1. Jänner 2018 in Kraft trat, die verfassungsrechtlich erforderliche gesetzliche Grundlage dafür geschaffen, dass die **Umlageverordnungen der Gemeinden rückwirkend mit 1. Jänner 2018 in Kraft treten können**. Die Erläuterungen zur Novelle führen in diesem Punkt aus:

„Das im Entwurf vorliegende Gesetz wird im Hinblick auf die Einspruchsfrist des Bundes von acht Wochen nach § 9 Abs. 2 des Finanz-Verfassungsgesetzes 1948, welche aufgrund der abgabenrechtlichen Regelung des Art. I Z 4 (§ 10) schlagend wird, erst in der ersten Monatshälfte des Jänner 2018 kundgemacht werden können (außer der

Bund stimmt nach Abs. 3 leg.cit. einer vorzeitigen Kundmachung ausdrücklich zu). Es wird möglicherweise daher geringfügig rückwirkend in Kraft treten, was als vertretbar angesehen wird. Abs. 3 berücksichtigt, dass die Hektarsätze und Umlagesätze für das Jahr 2018 jedoch jedenfalls vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes an und damit für den gesamten Erhebungs- bzw. Förderungszeitraum feststehen müssen.“

Dies war deshalb notwendig, da die Entstehung des Abgabeanpruchs auf das vergangene Jahr abstellt und es daher erforderlich ist, dass **für das ganze abgelaufene Jahr ein einheitlicher Umlagesatz verordnet** wurde. Es reicht somit nicht aus, dass der jeweilige Umlagesatz im Zeitpunkt der Entstehung des Abgabeanpruchs verordnet ist, sondern er muss für den gesamten Erhebungszeitraum feststehen.

Gleiches muss daher für eine Erhöhung des Umlagesatzes gelten:

Wenn eine Erhöhung des Umlagesatzes in der Verordnung der Gemeinde geplant ist, kann die Verordnung nur mit 1. Jänner des darauffolgenden Jahres in Kraft gesetzt werden, da **keine gesetzliche Ermächtigung** für eine neuerliche Rückwirkung bei Erhöhungen besteht. Wenn eine Erhöhung des Umlagesatzes durch entsprechenden Beschluss des Gemeinderates unterjährig erfolgt, käme dies materiell einer rückwirkenden Erhöhung der Abgabe gleich, die verfassungsrechtlich unzulässig wäre.

**Aus den genannten Gründen ist eine unterjährig Erhöhung des Umlagesatzes verfassungsrechtlich bedenklich und es sollen daher Erhöhungen des Umlagesatzes nur zum 01. Jänner des darauffolgenden Jahres erfolgen.**

## 9.

### Information zu einem allfälligen abkommenslosen Austritt (Hard Brexit) des Vereinigten Königreichs

In seiner Sitzung vom 6. Februar 2019 hat der Tiroler Landtag ein Tiroler Brexit-Begleitgesetz beschlossen, mit dem im Landesrechtsbereich die notwendigen Vorkehrungen für den Fall getroffen werden sollen, dass das Vereinigte Königreich mit Ablauf des 29. März 2019 ohne verbindlich gewordenes Austrittsabkommen aus der EU austritt.

Betroffen sind insbesondere Regelungen des **Dienstrechts** der Gemeindebediensteten, Regelungen des landesgesetzlich geregelten **Berufsrechts** im Hinblick auf Berufe, für die als Zugangsvoraussetzung eine EU- bzw. EWR-Staatsbürgerschaft normiert ist, Verfahren nach dem Tiroler **Grundverkehrsgesetz** und dem Tiroler **Wohnbauförderungsgesetz**, im Austrittszeitpunkt nach dem Tiroler **Veranstaltungsgesetz** bewilligte Veranstaltungen sowie Bewilligungen nach den Bestimmungen des **Landes-Polizeigesetzes**.

Die Regelungen des Brexit-Begleitgesetzes sollen

gewährleisten, dass Härtefälle für jene **britischen Staatsangehörigen und ihre - allenfalls auch drittstaatsangehörigen - Familienangehörigen** vermieden werden, die im Austrittszeitpunkt von ihren Freizügigkeitsrechten Gebrauch gemacht haben.

Neben den Unionsbürgern sind nämlich auch deren Familienangehörige unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit nach Art. 23 und 24 der Freizügigkeits-Richtlinie 2004/38/EG österreichischen Staatsangehörigen in Bezug auf den Berufszugang und sonstige Rechte gleichgestellt, worauf in den jeweiligen landesgesetzlichen Vorschriften auch Bedacht genommen wird (zum Begriff der Familienangehörigen siehe Art. 2 der Freizügigkeits-Richtlinie 2004/38/EG).

Unionsbürger mit britischer Staatsangehörigkeit verlieren bei einem **abkommenslosen Austritt** im Austrittszeitpunkt neben ihrem **aktiven auch ihr passives Wahlrecht**. In der Folge hat die Landesregierung nach § 25 Abs. 1 lit. a TGO das **Gemeinderatsmandat** für verlustig zu erklären.

## 10.

### Online-Wetterdaten zur Steuerung von Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung - Unterstützung durch das Land Tirol

Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung sind essenzielle Aufgaben der Daseinsvorsorge. In der Regel werden diese Aufgaben in Tirol von den Gemeinden, von Gemeindeverbänden oder Betrieben der Gemeinden (z.B. „Stadtwerke“ o.ä.) in deren Auftrag wahrgenommen.

In beiden Bereichen besteht Bedarf an aktuellen Daten über Wetterbedingungen (insbesondere Niederschlagsmengen und Temperatur), um die kommunalen Systeme sicher und effizient betreiben zu können.

In der Abwasserentsorgung sind insbesondere Aus- und Überlastung einschließlich vorgelagerter Orts- und

Verbandskanäle, Vermeiden von Störungen oder Ausfall der Systeme sowie von Schäden an diesen, die Reinigungsleistung von Kläranlagen und Fragen der Energieeffizienz Thema.

Auch für die Gemeinden als Wasserversorger ergeben sich durch das Einbinden aktueller Wetterdaten in ihre Steuerungsanlagen weitreichende zusätzliche Möglichkeiten, den Anlagenbetrieb stabil und optimiert zu gestalten, hier zum Beispiel in Kombination mit den vom Anlagenbetreiber kontinuierlich vorzuhaltenden Daten über Behälterfüllstände, Zulaufwassermenge zur Wasserversorgungsanlage, Abgabemenge, Trübung etc..

Insgesamt ist ein möglichst stabiler und ressourcenschonender Betrieb (hinsichtlich Kosten und Ökologie) zu gewährleisten. Erhalten die Betreiber Zugang zu den relevanten Grunddaten, können diese mit den bereits vorhandenen eigenen Systemdaten verknüpft und so zur Optimierung der Anlagensteuerung eingesetzt werden. Außergewöhnliche Wettersituationen können damit frühzeitig im Anlagenbetrieb erkannt und die erforderlichen Schutzmaßnahmen gesetzt werden.

So lassen sich erhebliche Schäden an Anlagen aber auch an Gewässern wesentlich besser vermeiden. Diese Daten werden in möglichst hoher Auflösung benötigt, um eine zeitnahe Steuerungs- bzw. Handlungsreaktion gewährleisten zu können.

Ausgehend von einem Pilotprojekt des Abwasserverbandes Serfaus-Pfunds-Tösens zum Gewinnen von Niederschlagsdaten für die Bewirtschaftung seiner Regenüberlauf- und Pumpanlagen wurde von der Firma DIGILOG Steuerungstechnik, Kirchbichl, in Abstimmung mit der Abteilung Wasserwirtschaft des Amtes der Tiroler Landesregierung eine Lösung entwickelt, „Quasi-Livedaten“ der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik (ZAMG) automatisiert in die Steuerungsanlagen des Abwasserverbandes zu übernehmen.

Die aktuellen Daten der Lufttemperatur und der 15 min-Niederschlagssumme werden für ganz Tirol auf einem FTP-Server der ZAMG bereitgestellt. Dort können sie von dafür berechtigten softwaretechnischen Dienstleistern abgeholt und der Anlage des kommunalen Betreibers direkt in seiner Steuerung zur Verfügung gestellt werden. Die hier angefügte Abbildung zeigt die Rasterpunkte (Abstand jeweils 1 km) für ein betrachtetes Gebiet, zu denen ZAMG-Daten verfügbar sind. Rot gekennzeichnet ist die Auswahl jener Punkte, die für den Anlagenbetrieb relevant sind. Die Ganglinie rechts unten zeigt den zeitlichen Verlauf von Niederschlag und Temperatur am grafisch hervorgehobenen Rasterpunkt (rotes Symbol mit dunklem Punkt in der Mitte).

Die für den Anlagenbetrieb verantwortlichen MitarbeiterInnen der Gemeinde bzw. des für die Gemeinde tätigen Trinkwasserversorgers oder Abwasserentsorgers können sich über bestimmte Niederschlagsereignisse in relevanten Regionen auf Basis dieser Daten automatisiert per SMS und / oder E-Mail benachrichtigen bzw. vorwarnen lassen, um die gegebenenfalls erforderlichen Maßnahmen zeitgerecht setzen zu können.

#### **Unterstützung durch das Land Tirol:**

Auf Initiative der Abteilung Wasserwirtschaft werden die hier angesprochenen ZAMG-Daten im Rahmen der „Wetterbox Tirol“ im Sinne einer organisatorisch und finanziell möglichst effizienten Umsetzung zentral bereitgestellt. Für zunächst 75 Betreiber siedlungswasserwirtschaftlicher Infrastrukturen in Tirol finanziert das Land Tirol diese Daten seit 1.1.2019. Betreiber können sich an die Abteilung Wasserwirtschaft des Amtes der Tiroler Landesregierung wenden, wenn sie diese Unterstützung in Anspruch nehmen möchten. Die softwaretechnische Umsetzung bleibt vom jeweiligen Betreiber zu bewerkstelligen und zu finanzieren.

Bei Interesse, diese Unterstützung des Landes in Anspruch zu nehmen, wenden Sie sich gerne an die Abteilung Wasserwirtschaft (Ansprechperson: Dr. Stefan Wildt).

*Dr. Stefan Wildt*  
*Abt. Wasserwirtschaft*

Abbildung (umseitig; sh. auch Erläuterungen im Text): Bereitgestellte und ausgewählte ZAMG-Wetterdaten für das Gebiet und die Zwecke eines kommunalen Betreibers siedlungswasserwirtschaftlicher Infrastruktur (Quelle: Fa. DIGILOG Fimml & Osl OG Steuerungstechnik, Kirchbichl; Erläuterungen sh. Text dieses Beitrags)

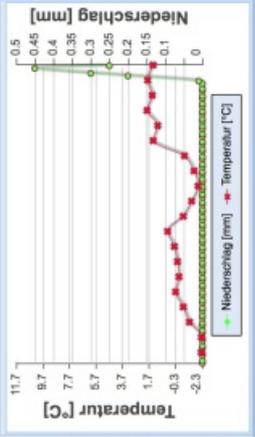
**Digitlog OWP. Das OPC-Wetter-Portal.** > Patrick Niederleimbacher (Super Administrator)  
Ort wählen: Tirol Teilgebiet wählen: Serfaus  
Karte von: Serfaus

Karte Satellit



**Daten**

Name	Wert
<b>Information</b>	
Bezeichnung	Serfaus Königlehen
aktivet	0
Längengrad	10,3805513483
Breitengrad	47,0521990599
<b>Temperatur [°C]</b>	
Messwert (T)	0,96 °C
aktuell (T)	
Zustempel (T)	10.02.2019 17:16:23
<b>OPC-Tag (T)</b>	
Tag-Bezeichnung ...	T_koenigsl
aktivet (T)	0
<b>Niederschlag [mm]</b>	
Messwert (NS)	0,25 mm
aktuell (NS)	
Zustempel (NS)	10.02.2019 17:13:02
<b>OPC-Tag (NS)</b>	
Tag-Bezeichnung ...	NS_koenigsl
aktivet (NS)	0



Temperatur [°C] Niederschlag [mm]

Copyright © 2019 Google | Nutzungsbedingungen | Fehler bei Google Maps melden  
Copyright © 2018 Digitlog Firm & Co. All Rights Reserved. | Letzte Update: keine Information

Kartenanbieter | Problem melden

# 11.

## Abgabenertragsanteile der Gemeinden Februar 2019

Ertragsanteile an	2018	2019	Veränderung	
			in Euro	in %
<b>Einkommen- und Vermögensteuern</b>				
Veranlagter Einkommensteuer	1.416.913	1.558.349	141.436	9,98
Lohnsteuer	25.699.097	28.235.569	2.536.471	9,87
Kapitalertragsteuer	2.470.141	2.858.171	388.030	15,71
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	604.635	636.249	31.614	5,23
Körperschaftsteuer	188.383	435.683	247.300	131,28
Abgeltungssteuern Schweiz	-210	-16	194	92,28
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	0	0	0,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	1.411	200	-1.211	-85,80
Stiftungseingangssteuer	13.655	11.961	-1.693	-12,40
Bodenwertabgabe	-291.080	7.752	298.832	102,66
Stabilitätsabgabe	105.777	37.694	-68.082	-64,36
<b>Summe Einkommen- und Vermögensteuern</b>	<b>30.208.721</b>	<b>33.781.612</b>	<b>3.572.891</b>	<b>11,83</b>
<b>Sonstige Steuern</b>				
Umsatzsteuer	20.802.369	22.876.702	2.074.333	9,97
Tabaksteuer	1.537.506	1.513.329	-24.177	-1,57
Biersteuer	159.861	128.008	-31.853	-19,93
Mineralölsteuer	3.782.794	3.835.692	52.898	1,40
Alkoholsteuer	138.269	149.425	11.156	8,07
Schaumweinsteuer	14.886	17.397	2.510	16,86
Kapitalverkehrssteuern	227	341	114	49,93
Werbeabgabe	129.992	120.662	-9.330	-7,18
Energieabgabe	967.986	930.497	-37.489	-3,87
Normverbrauchsabgabe	369.885	365.674	-4.210	-1,14
Flugabgabe	101.691	62.476	-39.215	-38,56
Grunderwerbsteuer	8.591.479	10.955.268	2.363.789	27,51
Versicherungssteuer	1.675.963	1.756.227	80.264	4,79
Motorbezogene Versicherungssteuer	1.785.818	1.919.068	133.249	7,46
KFZ-Steuer	9.837	10.650	813	8,27
Konzessionsabgabe	223.488	373.715	150.227	67,22
<b>Summe sonstige Steuern</b>	<b>40.292.052</b>	<b>45.015.130</b>	<b>4.723.078</b>	<b>11,72</b>
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
<b>Gesamtsumme</b>	<b>70.500.773</b>	<b>78.796.742</b>	<b>8.295.969</b>	<b>11,77</b>

## 12.

## Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Februar 2019

Ertragsanteile an	2018	2019	Veränderung	
			in Euro	in %
<b>Einkommen- und Vermögensteuern</b>				
Veranlagter Einkommensteuer	14.002.637	13.945.219	-57.418	-0,41
Lohnsteuer	47.952.435	53.705.320	5.752.885	12,00
Kapitalertragsteuer	3.454.431	3.985.340	530.909	15,37
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	1.209.271	1.272.498	63.227	5,23
Körperschaftsteuer	17.818.973	22.278.195	4.459.221	25,03
Abgeltungssteuern Schweiz	-210	-16	194	92,28
Abgeltungssteuern Liechtenstein	-34	0	34	100,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	1.919	5.367	3.448	179,63
Stiftungseingangssteuer	22.994	29.491	6.497	28,25
Bodenwertabgabe	-139.213	185.501	324.714	233,25
Stabilitätsabgabe	163.164	119.838	-43.326	-26,55
<b>Summe Einkommen- und Vermögensteuern</b>	<b>84.486.368</b>	<b>95.526.753</b>	<b>11.040.385</b>	<b>13,07</b>
<b>Sonstige Steuern</b>				
Umsatzsteuer	41.698.730	42.451.598	752.868	1,81
Tabaksteuer	3.195.769	3.239.857	44.088	1,38
Biersteuer	314.164	362.753	48.589	15,47
Mineralölsteuer	7.831.451	8.083.361	251.909	3,22
Alkoholsteuer	255.731	283.355	27.623	10,80
Schaumweinsteuer	31.148	33.424	2.276	7,31
Kapitalverkehrssteuern	-25	1.209	1.233	5008,82
Werbeabgabe	231.505	229.114	-2.391	-1,03
Energieabgabe	1.853.220	2.252.210	398.990	21,53
Normverbrauchsabgabe	728.297	689.949	-38.347	-5,27
Flugabgabe	200.791	120.885	-79.907	-39,80
Grunderwerbsteuer	16.946.873	21.003.225	4.056.352	23,94
Versicherungssteuer	2.506.114	2.496.580	-9.534	-0,38
Motorbezogene Versicherungssteuer	3.571.636	3.838.135	266.499	7,46
KFZ-Steuer	126.399	132.230	5.831	4,61
Konzessionsabgabe	502.311	635.285	132.974	26,47
<b>Summe Sonstige Steuern</b>	<b>79.994.114</b>	<b>85.853.168</b>	<b>5.859.054</b>	<b>7,32</b>
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
<b>Gesamtsumme</b>	<b>164.480.481</b>	<b>181.379.920</b>	<b>16.899.439</b>	<b>10,27</b>

<b>VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR DEZEMBER 2018</b> (vorläufiges Ergebnis)		
	November 2018 (endgültig)	Dezember 2018 (vorläufig)
<b>Index der Verbraucherpreise 2015</b>		
Basis: Durchschnitt 2015 = 100	106,2	106,3
<b>Index der Verbraucherpreise 2010</b>		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	117,6	117,7
<b>Index der Verbraucherpreise 2005</b>		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	128,7	128,8
<b>Index der Verbraucherpreise 2000</b>		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	142,3	142,4
<b>Index der Verbraucherpreise 96</b>		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	149,7	149,9
<b>Index der Verbraucherpreise 86</b>		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	195,8	196,0
<b>Index der Verbraucherpreise 76</b>		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	304,4	304,7
<b>Index der Verbraucherpreise 66</b>		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	534,2	534,7
<b>Index der Verbraucherpreise I</b>		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	680,6	681,3
<b>Index der Verbraucherpreise II</b>		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	682,9	683,5
<p>Der Index der Verbraucherpreise 2015 (Basis: Jahresdurchschnitt 2015 = 100) für den Kalendermonat Dezember 2018 beträgt 106,3 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für den Vormonat November 2018 um 0,1 Punkte gestiegen (November 2018 gegenüber Oktober 2018 + 0,2 Punkte). Gegenüber Dezember 2017 ergibt sich eine Steigerung um 2,0 Punkte (+ 1,9 %), für November 2018/2017 um 2,3 Punkte (+ 2,2 %).</p>		

**MEDIENINHABER (VERLEGER):**

**Amt der Tiroler Landesregierung,**

**Abteilung Gemeinden,**

6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

[www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden](http://www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden)

*Für den Inhalt verantwortlich:* Mag. Christine Salcher

*Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz:* Medieninhaber Land Tirol

*Erklärung über die grundlegende Richtung:* Information der Gemeinden

*Druck:* Eigendruck